

Dresdner Volksblatt

Hauptschriftort: Dresden
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Bei Eintritt von Sitzungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß dieser Beschlüsse, bei der Belegung der Dresdner Volkszeitung

Gedenket
unsrer Toten
(Tafel unsrer Gefallenen Seite 9)

Die 20 mm breite Kompartimentsbreite 20 W., die 40 mm breite Reklameseite 2 W., für auswärts 40 W., z. 1.50 W., abzüglich Verbriefung laut Tarif, Familienangehörigen, Stellen- u. Anzeigen 20 W., netto. Für Briefmarken 10 W., 20 W., 30 W., 40 W., 50 W., 60 W., 70 W., 80 W., 90 W., 100 W.

Nr. 272

Dresden, Montag, den 21. November 1932

43. Jahrgang

Als Knecht empfindet sich...

Hitlers Geschmuse bei Hindenburg - Er bietet sich an als Retter vor der „roten Gefahr“ - Hugenberg bleibt bei Herrenklubregierung

D. Berlin, 21. November. (Fig. Funk.) Der Reichspräsident wird Hitler entgegen seiner anfänglichen Absicht im Laufe des heutigen Vormittags zu einer neuen Besprechung empfangen. Eigentlich war dieser Empfang erst für Mittwoch vorgesehen. Die neue Besprechung wurde am Sonntag durch einen Besuch des Staatssekretärs Dr. Weizsäcker bei dem im Augusthof Hotel vorüber.

Die amtlichen Stellen hielten sich über Sinn und Zweck der vorstehend erwähnten Besprechung in tiefster Schweigen, wie dies auch in diesen Tagen zwischen einzelnen Parteien und dem Reichspräsidenten vor sich gegangen ist, in einem dichten Nebel gehüllt wird. Man ist deshalb auch heute wieder auf Vermutungen angewiesen, die sich zum Teil auf Vermutungen stützen. Sie gehen einmal dahin, daß der Reichspräsident in seiner Besprechung mit Hitler eindeutig die Frage klären will, ob die Besprechungen über eine parlamentarische Reichsregierung im Reichstag stattfinden sollen oder ob wieder ein „Präsidentenkabinett“ mit maßgeblichem Einfluß des Reichspräsidenten zu bilden ist.

Die am Sonntag offiziell eingeleiteten Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und Zentrum haben die Deutschen und den Stahlhelm auf den Plan gerufen und Proteste beim Reichspräsidenten gegen einen etwaigen Rückfall in das parlamentarische System veranlaßt. Hugenberg äußert, bei dem Versuch einer parlamentarischen Reichsregierung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten ausgeschlossen zu werden. Aus diesem Grunde haben die Nationalsozialisten am Sonntag alles versucht, dem Reichspräsidenten nochmals die unbedingte Notwendigkeit eines „Präsidentenkabinetts“ einzuräumen. Dieses Kabinett könne nach deutschnationaler Meinung nur eine parlamentarische Mehrheit haben, aber es soll in persönlicher Beziehung von den Parteien völlig unabhängig sein. Auf diese Weise hofft man vor allem, die reaktionäre Tendenz der deutschnationalen Partei auch in der neuen Regierung sichern zu können. Wahrscheinlich aber spielt hier auch der Gedanke mit, in dem Reichstag eine parlamentarische Mehrheit zu bilden, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen soll, von vornherein den Versuch zu machen, inwiefern Herr von Papen seine Hände im Spiel hat, läßt sich vorläufig nicht übersehen. Doch er auch heute noch auf seine Rückkehr in Amt und Würden hofft und in der Erwartung lebt, noch länger die Geschäfte des Reiches als Reichsminister führen zu können, ist keineswegs ein Geheimnis.

Die Kenntnis der internen Vorgänge vom gestrigen Tage an den Reichspräsidenten ist zweifellos auch die Ursache, daß Hugenberg eine Einladung des nationalsozialistischen Reichspräsidenten Göring zu einer Besprechung über die Neubildung der Regierung abgelehnt hat. Hugenberg ließ zwar erklären, daß er Hitler jederzeit zu einer Besprechung zur Verfügung

stehe, aber da er wußte, daß nicht Hitler, sondern Göring auch am Sonntag mit dem Zentrum verhandelt hat und Hitler ebenfalls zunächst nicht mit ihm verhandeln würde, konnte er die Einladung Görings unter einem Vorwand ablehnen. Die Ablehnung erfolgte, weil Hugenberg genau wußte, was zu der gleichen Zeit um den Reichspräsidenten vorging, weil er wußte, daß ein neuer Empfang Hitlers bei Hindenburg bevorstand und ihm zugleich auch der Zweck dieser Unterredung bekannt war. Zeit gewinnen bedeutet für die Träger des Papen-Regimes alles. Sie klammern sich mit allen Mitteln an die Ministerfüße, über die sie nunmehr seit Monaten frei, ohne jede parlamentarische Kontrolle, schalten und walten konnten.

Mit der Möglichkeit, die in parlamentarischen Kreisen als zweite Ursache für den heutigen Empfang lurcht, daß der Reichspräsident bereits heute Hitler mit der Neubildung der Regierung beauftragen würde, ist nicht zu rechnen. Allerdings lag bis Sonntagabend eine Kandidatur Hitlers für die Reichstagskanzlerschaft durch den Reich der Wahrscheinlichkeit. Das Zentrum ist bereit, sich mit einer derartigen Kandidatur abzufinden, soweit der Reichspräsident damit einverstanden ist. Aber darüber ist kaum vor Mitte der Woche eine Entscheidung zu erwarten. Borek bleibt abzuwarten, wie sich Nationalsozialisten und Zentrum zu dem deutschnationalen Intrigenpiel stellen. An ihrer Engherzigkeit, dem Reichspräsidenten die Bildung einer Regierung ohne Hugenberg vorzuschlagen, wenn die deutschnationalen sich einer Mitarbeit verweigern, ist kaum zu zweifeln. Es bleibt dann die Frage, wie sich der Reichspräsident verhält. Im Augenblick steht er wieder auf der Seite der Deutschnationalen.

Verhandlungen streng geheim

D. Berlin, 21. November. (Fig. Funk.) Die offiziellen Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum über die Schaffung einer neuen Reichsregierung wurden am Sonntag im Hause des Reichstagspräsidenten Göring aufgenommen. Die Verhandlungen wurden streng vertraulich geführt. Die Teilnehmer verpflichteten sich ehrenwörtlich zu strengstem Stillschweigen. Inwiefern ist über den Gang der Besprechungen sowie über ihren gegenwärtigen Stand eine zuverlässige Verlautbarung nicht zu erhalten. In Zentrumskreisen legt man die strenge Schweigepflicht u. a. auch darin aus, daß Nationalsozialisten und Zentrum fest entschlossen sind, dem Reichspräsidenten hinsichtlich der Regierungsbildung bestimmte Vorschläge auch ohne die Deutschnationalen zu machen.

Brauner Ausverkauf

In dem feudalen Berliner Luxushotel Kaiserhof — für zwölf Mann und zehn Tage 4048 Mark! — residiert seit Freitag wieder der große Opa mit seinem Stabe, um mit Hindenburg über die Regierungsbeteiligung zu verhandeln. In welchem Geiste das geschieht, lassen die Verhandlungen vom Sonnabend erkennen. Nach einer Unterredung zwischen Hindenburg und Hitler unter vier Augen äußerte sich laut Blättermeldungen der Opa darüber, wie er die politischen Notwendigkeiten der Gegenwart ansieht; er versuchte vor allem zu beweisen, daß Deutschland von Bolschewismus und Margisismus bedroht und die Nazi-Partei die einzige Rettung vor der „roten Gefahr“ sei, weshalb vor allem ein Verbot der K.P.D. notwendig würde.

Es soll hier mit der Hitler-Partei nicht gerechnet werden über die naive Auffassung, daß man eine Bewegung durch ein Verbot bekämpfen könne. Bismarck konnte da auf allerhand Erfahrungen zurückblicken. Es zeigt sich aber an diesem Hitler-Schmus wieder einmal das Judentum dieses Kapitalistenknechtes. Noch am 13. August forderte Hitler vom Reichspräsidenten die ganze Macht oder mindestens den entscheidenden Anteil an der Macht, worauf er die Treppe zum Reichspräsidentenpalais ziemlich schnell wieder hinunter befördert wurde. Von diesem Hinauswurf war der Opa so erschüttert, daß er den begonnenen Kuhhandel mit der „schwarzen Bestie“, die Verhandlungen mit der „schwarzen Internationale“, mit den „rombörigen Feinden Deutschlands“ fortsetzte. Plötzlich war sein „Kampf um Deutschlands Freiheit“ ein Kampf für Verfassung und Parlament — und gegen die feinen Leute, die auf dem „breiten Fundel der Nazis“ in die Klemme gefallert waren. So über das Zentrum hinweg wurde der Sozialdemokratie ein Bündnis angeboten, ein Bündnis zum Sturz des Reichspräsidenten. Heil!

Dann kam der 6. November. Über zwei Millionen Wähler hatten sich in der kurzen Spanne seit Juli von der Demagogenpartei abgewandt. Es folgten die sächsischen Gemeindevahlen, der Erdrutsch war deutsch. Ein Drittel der Reichswähler — seit dem Juli gerechnet — ging hops. Stellenweise betrug die braunen Verluste bis zu 70 Prozent! Die Hitler-Presse hat bis heute noch nicht gewagt, ihren Lesern das zu geben, worauf jeder Abonnent in diesen Tagen begründeten Anspruch hatte: die Wahlergebnisse. Das Hakenkreuz hat allmählich Angst vor Wahlen bekommen. Noch stehen ihm 196 Reichstagsmandate zur Verfügung. Wie lange noch? Wenn etwa im

Hitler ohne Mehrheit Er fordert den Kanzlerposten

Bei Redaktionsschluss wird uns gemeldet: D. Berlin, 21. November. (Fig. Funk.) Heute vormittag wurde der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, vom Reichspräsidenten v. Hindenburg empfangen, der ihm verschiedene Fragen vorlegte, insbesondere nach der Stellungnahme der Nationalsozialistischen Partei. Hitler erklärte, daß die Nationalsozialisten die volle Führung des neuzubildenden Kabinetts beanspruchten. Wie wir erfahren, hat Reichspräsident v. Hindenburg dieser Forderung insofern nachgegeben, als er Hitler die Bedingung stellte, daß ein Kabinett unter Führung der Nationalsozialisten einerseits eine parlamentarische Mehrheit und andererseits ein einheitliches Programm haben müßte. Hitler erbat sich für seine schriftliche Antwort eine Bedenkzeit bis heute nachmittag.

Soweit sich die Dinge übersehen lassen, dürfte Hitler schon am Nachmittag seinen Auftrag als geschleitet zurückgeben, da die Deutschnationalen keinesfalls ein Kabinett unter Hitler mitmachen und dadurch schon die erste Voraussetzung einer schwarzen Mehrheit sich als unerfüllbar erweisen würde.

Die Straßenschlacht in Chemnitz

Verlagende Polizei

Die sozialdemokratische Fraktion brachte im Sächsischen Landtag folgenden Antrag ein:

In den spätesten Nachmittagsstunden des 9. November war die Stadt Chemnitz wiederum der Schauplatz blutiger Straßenkämpfe.

Nach der Revolutionsfeier der SPD, wurden die abgemurtes aus dem „Kaufmännischen Vereinshaus“ herauskommenden von mehreren hundert uniformierten SS- und SA-Leuten planmäßig überfallen. Rückfichtslos wurde von diesen auf wehrlose Frauen und Männer mit gefährlichen Dschingel- und Schlagwaffen einbezogen und gestochen. Zweimal erfolgte der Angriff der Nationalsozialisten, sogar mit Schusswaffen.

Im Verlauf dieser Straßenkämpfe wurden auf der Seite der Arbeitererschaft 7 Personen schwer und 24 Personen leichter verletzt.

Unbegreiflicherweise hatte die Polizeiverwaltung die Verantwortung der SPD im „Kaufmännischen Vereinshaus“ ohne jeden polizeilichen Schutz gelassen, obwohl schon einmal an demselben Tage die Chemnitzer Polizei mit Pistolen und Gewehrkugeln gegen Nationalsozialisten vorgehen mußte. Diese Kugelabwehrung zwischen Polizei und Nationalsozialisten erfolgte auf dem Friedhof zwischen Waldern. (1) An demselben Tage wurde bezugsnehmungsweise den Nationalsozialisten ein Flugblatt herausgegeben, in welchem offen „zur Nacht und zum Tag“

had gegen die „Margariten“ aufgefodert wurde. Schon wenige Stunden später erfolgte der in dem Flugblatt angekündigte planmäßige Angriff auf wehrlose Versammlungsbesucher.

Der Führer des nach diesem gemeinen Mordanschlag der Nationalsozialisten eingeschickten Streifenwagens der Polizei — Oberleutnant Heymann (selbst Nationalsozialist) — ging zunächst nicht mit der notwendigen Strenge gegen die Angreifer vor, sondern ließ die Angegriffenen mit Pistolen in Schach halten, während die Nationalsozialisten die Zugangsstraßen zum „Kaufmännischen Vereinshaus“ abriegelten. Erst einige Stunden später konnten sie in dem erwähnten Lokal eingeschlossenen Versammlungsbesucher unter polizeilicher Bedeckung in ihre Wohnbezirke geleitet werden.

Daß es überhaupt zu solchen unerhörten Vorgängen kommen konnte, ist hauptsächlich mitverantwortlich durch den städtischen Leichsinn der obersten Polizeibehörden der Stadt Chemnitz.

Wir beantragen deshalb:
Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen,

1. scharfe Untersuchung der Vorgänge vom 9. November durchzuführen und die schuldigen Beamten zur Verantwortung zu ziehen;
2. anzunehmen, daß in Zukunft die als Mitglieder der NSDAP bekannten Polizeibeamten keinesfalls mehr als Führer von Streifenwagen Verwendung finden.